



Interviews

10. Mai 2024

Tobias Armbrüster im Gespräch mit Ralf Michaels

Armbrüster: Wie sollen Universitäten umgehen mit den Protesten und Demonstrationen gegen Israel, das ist eine Grundsatzdebatte, die gerade läuft, und sie wurde noch einmal angefacht durch einen offenen Brief von mehr als 300 Universitätsdozenten. In dem Schreiben äußern sie derzeit deutliche Kritik an der Freien Universität Berlin. Dort hatte die Polizei am Dienstag ein propalästinensisches Protestcamp geräumt und 80 Personen festgenommen. In diesem offenen Brief der Dozenten heißt es nun, die Versammlungs- und Meinungsfreiheit seien grundlegende demokratische Rechte, die auch oder gerade an Universitäten zu schützen seien. Kritik daran kommt unter anderem von der Bundesbildungsministerin Stark-Watzinger. Sie sagt, Unibesetzer würden zu Opfern stilisiert und bei Antisemitismus sei schnelles Eingreifen erforderlich. Das hat sie so der BILD-Zeitung gesagt. Professor Ralf Michaels ist Direktor des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg. Er hat den Brief nicht unterzeichnet, steht den Unterzeichnern aber nahe, und er ist jetzt bei uns am Telefon, schönen guten Morgen, Herr Michaels.

Michaels: Ja, Herr Armbrüster, guten Morgen.

Armbrüster: Herr Michaels, muss es an Universitäten auch Platz geben für Israel- und Judenhass?

Michaels: Nein, es muss natürlich keinen Platz geben für Israel- und Judenhass. Das ist aber, glaube ich, hier auch nicht die Frage. Ich glaube, dass die Frage falsch formuliert ist, deshalb, weil hier ja ein Protest angefangen hat, der aufgelöst wurde, bevor überhaupt irgendwas passiert ist vor Ort. Ich glaube also, dass die Frage in der Form schon falsch geframt ist. Ich glaube, dass das den Sachverhalt gar nicht richtig angibt. Ich sage aber noch etwas anderes dazu. Wenn es zu Judenhass und Israelhass kommt, ist die wichtige Frage noch einmal, wie geht die Universität damit um. Verbietet sie es also, oder geht sie damit anders um?

Armbrüster: Da können wir gleich darüber sprechen. Zunächst einmal die Universität und ja auch die Bundesbildungsministerin sagen, da ist es zu antisemitischen, zu israelfeindlichen Parolen gekommen. Da wurde das Existenzrecht Israels infrage gestellt bei diesen Protesten. Reicht das aus, um so ein Protestcamp zu räumen?

Michaels: Also wir haben in Deutschland eine Versammlungsfreiheit und eine Meinungsfreiheit. Die gehen recht weit, und die haben bestimmte Grenzen. Die geht weit insofern, dass sie auch Meinungen schützt, die wir nicht mögen, die wir ablehnen, die also viele von uns ablehnen. Das Bundesverfassungsgericht sagt, Äußerungen genießen den Schutz des Grundrechts, ohne dass es darauf ankommt, ob die Äußerung begründet oder grundlos, emotional, rational ist, wertvoll oder wertlos, gefährlich oder harmlos. Das ist das Erste. Dann hat das natürlich Grenzen noch einmal, und setzt da Grenzen, wo eben andere Rechtsgüter gefährdet werden, wo also Volksverhetzung entsteht im Sinne des Strafgesetzbuchs und so weiter. Und dann muss natürlich eingegriffen werden.

Armbrüster: Und diese Grenze ist nicht überschritten, wenn bei so einer Demonstration das Existenzrecht Israels infrage gestellt wird, beispielsweise mit Sprüchen, wir kennen das inzwischen von vielen dieser Demonstrationen und Kundgebungen, From the River to the Sea?

Michaels: Der Spruch, From the River to the Sea, ist rechtlich umstritten. Es gibt zwei Gerichte, die gesagt haben, dass er von der Meinungsfreiheit geschützt ist. Es gibt ein Gericht, das das anders sieht. Das wird irgendwann geklärt. Ich sehe ein grundsätzliches Problem darin, wenn wir bei solchen Demonstrationen an der Seite sitzen, gewissermaßen mit der Strichliste, mit einer Arbeitsdefinition Antisemitismus, und warten, ob eine bestimmte Äußerung erfolgt, die nun antisemitisch ist oder nicht, und uns nicht auch angucken, worum es eigentlich geht bei den Protesten. Sie hatten eben in der Anmoderation die Situation in Rafah, die Situation in Rafah ist dramatisch. Das führt dazu, dass viele in der Welt, auch Studierende, verständlicherweise emotionalisiert sind und dagegen demonstrieren wollen. Auch das ist, glaube ich, nachvollziehbar, unabhängig davon, wie man dazu steht. Und man wird diesen Protesten halt inhaltlich auch überhaupt nicht gerecht, wenn man sie nur darauf reduziert, ob da Äußerungen gemacht werden, die unter Umständen

antisemitisch sind oder nicht, und sich nicht auch oder hauptsächlich darum kümmert, worum es da inhaltlich eigentlich geht bei diesen Protesten. Natürlich muss man einschreiten, wenn antisemitische Äußerungen da fallen, aber das darauf zu reduzieren, wird dem einfach nicht gerecht.

Armbrüster: Was ist denn mit jüdischen Studenten, die sich durch diese Proteste bedroht fühlen? Haben die auch Rechte?

Michaels: Die haben natürlich Rechte, und ich glaube, das ist eine der großen Sorgen, die wir haben, auch in der deutschen Hochschullandschaft, dass wir dafür sorgen müssen, dass jüdische Studierende sich sicher fühlen. Jüdische Studierende, wie auch andere jüdische Menschen in Deutschland, sind traumatisiert durch den 7. Oktober, fühlen sich alleingelassen, fühlen sich teilweise bedroht, auch durch diese Proteste, und das müssen wir natürlich ernst nehmen. Es gibt aber auch zwei andere Aspekte dazu natürlich. Der erste ist, ich glaube nicht, dass dieses Framing aller Israel-bezogenen Parolen auch, dass das Framing aller dieser Dinge als antisemitisch und als gefährlich für Juden, dass das dem Sachgehalt unbedingt gerecht wird. Wenn jemand ruf Free Palestine, dann kann man dazu so stehen oder so, aber Free Palestine bezieht sich zunächst einmal nicht auf Juden in Deutschland. Das ist der erste Punkt, und der zweite Punkt ist, es gibt auch jüdische Studierende unter den Protestierenden. Es gibt also auch jüdische Studierende, in den USA sehen wir es ganz massiv, in Deutschland sehen wir es aber auch, die eben auch hier protestieren gegen die israelische Politik, und auch deren Rechte muss man berücksichtigen. Es ist also, wie immer in solchen Fragen, eine schwierige Abwägungsfrage.

Armbrüster: Und was ist dann eben mit diesem Spruch From the River to the Sea - der ja impliziert oder der implizieren kann, viele, die das rufen, meinen damit, Israel soll weg, Israel soll komplett den Palästinensern gehören, und alle Israelis sollen das Land verlassen. Viele würden sogar rufen, sie sollen ins Meer. Das ist, was hinter diesem Spruch steht. Was ist mit diesem Spruch, wenn der skandiert wird? Muss da eine Universitätsleitung nicht eingreifen?

Michaels: Es ist nicht richtig, es ist nicht richtig, dass das unbedingt hinter dem Spruch steht. Die Beschreibung des Landes, From the River to the Sea, kommt

zunächst einmal aus dem Parteiprogramm der israelischen Likud-Partei, ist dann aufgegriffen worden von palästinensischen Organisationen und dann später von der Hamas. Es mag sicherlich sein, dass einige, die den Spruch rufen, damit tatsächlich meinen, dass Israel abgeschafft werden soll. Es gibt viele, die damit meinen, dass Demokratie und Gleichberechtigung in dem ganzen Land erfolgen soll. Und es gibt so eine komische Art in Deutschland einer Fremdzuschreibung, wo wir also besser wissen, was die Protestierenden wirklich meinen mit ihren Sprüchen, als die Protestierenden selbst. Sie selbst sagen das häufig so, dass sie Demokratie und Gleichberechtigung fordern, und dann müsste man eigentlich erst einmal da ansetzen und nicht sagen, wir wissen besser, was das bedeutet.

Armbrüster: Jetzt könnte man ja auch sagen, Proteste an einer Universität sind schön und gut, aber wie in diesem Fall geschehen am vergangenen Dienstag, da wurden komplette Gebäude besetzt. Das heißt, der Unibetrieb wurde eigentlich teilweise lahmgelegt. Ist das nicht ein Grund für eine Universität zu sagen, ab jetzt ist hier Schluss mit Protesten, jetzt müssen wir räumen, damit wir hier den Lehrbetrieb weiter aufrechterhalten können?

Michaels: Also der Sachverhalt, so wie er sich mir darstellt jedenfalls, ist so, dass unmittelbar nach Beginn dieser Proteste, als sie da aufgesetzt haben, die Universität sofort die Polizei gerufen hat und dann auch sehr, sehr schnell gebeten hat, dass das geräumt wird, und das ist dann nach kurzer Zeit geschehen. Ich glaube, man muss trennen zwischen den Demonstrierenden, die also friedlich irgendwo stehen, die demonstrieren, sprechen unter Umständen, auch Zelte aufbauen, aber niemanden behindern, und dann der Frage der Besetzung von Sälen unter Umständen, und dann natürlich auch der Zerstörung von Eigentum. Und gegen das Letztere muss man natürlich vorgehen. Man muss nicht alles in dem Sinne über einen Kamm scheren. Und dann ist aber die zweite Frage auch, wie geht man damit um tatsächlich als Universität. Versucht man, das zu deeskalieren, versucht man also dafür zu sorgen, dass man die Demonstranten friedlich hält, oder eskaliert man, indem man die Polizei holt. Und ich glaube, ohne die Demonstrierenden, insbesondere diejenigen, die da Feuermelder zerstören, ohne die verteidigen zu wollen, ist die Frage halt an die Universität, wie geht sie denn damit um. An der Columbia University ist der große Protest losgegangen, als sich herausgestellt hat, dass die Universitätsleitung die Polizei auf den Campus holt, obwohl sie versprochen hatte, nach den letzten Unruhen vor vielen Jahrzehnten, dass sie das nie wieder tun

würden, dass sie sich nicht in der Form gegen ihre eigenen Studierenden richten würde.

Armbrüster: Herr Michaels, lassen Sie uns noch kurz auf diesen Protestbrief, auf diesen Brief der 300 Unidozenten schauen. Da wird mit keinem Wort der Angriff der Hamas am 7. Oktober erwähnt, auch nicht die Verschleppung von Geiseln aus Israel. Ist das klug?

Michaels: Ich weiß jetzt nicht, ob das klug ist oder nicht, ich habe den Brief ja nicht geschrieben. Der Brief bezieht sich ja überhaupt nicht auf den Sachverhalt praktisch im Nahen Osten, außer dass er einmal darauf hinweist, warum diese Protestierenden da klar emotionalisiert sind. Der Brief macht im Grunde ganz moderate Argumente, scheint mir dazu, erstens, was für Grundrechte es gibt und zweitens, wie Universitäten mit solchen Protesten umgehen sollen. Er spricht ja in der Sache gar nichts dazu. Es ist auch eine deutsche Unart, würde ich sagen, bisschen immer zu sagen, dass wir hier Stellung nehmen müssen zu den Meinungen, die geäußert werden. Zunächst einmal ist der Meinungsraum, gerade in der Diskussion in der Universität, ein Diskursraum. Da muss also diskursiv mit Dingen umgegangen werden und eben nicht repressiv. Ich glaube, damit beschäftigt sich der Text. Der Text sagt ja überhaupt nichts dazu, ob die Proteste inhaltlich berechtigt sind oder wer im Nahen Osten recht hat oder Ähnliches.

Armbrüster: Was sagen Sie denn zu dieser lautstarken Kritik, die da jetzt aus der Politik zu hören ist, unter anderem von der Bundesbildungsministerin?

Michaels: Das hat mich überrascht. Also was mich nicht überrascht, ist, dass einige Zeitungen das sehr kritisch aufgreifen. Was mich auch nicht überrascht, ist, dass einige Zeitungen diesen Brief nicht genau lesen und dann behaupten, da würde sich irgendwie mit Gewalt solidarisiert mit Antisemitismus. Nichts davon ist dem Brief zu entnehmen. Dass die Bundesbildungsministerin sich in der Form, wie sie es getan hat, so massiv aus dem Fenster lehnt, dass sie bezweifelt tatsächlich, dass diese, ich glaube, 900 Unterzeichnenden, dass die auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, das kann ich mir nur so erklären, dass sie den Brief nicht gelesen hat. Ich denke auch, dass wenn sie den Brief ordentlich gelesen hat, dass sie dann sich entschuldigen wird und dass sie auf diese Hochschullehrenden zugehen wird. Ich

kann mir das gar nicht anders erklären. Wir sind nicht ein Staat im Grunde, in dem die Bundesregierung den Hochschullehrern verbietet, sich hinter ihre eigenen Studierenden zu stellen. Das kann ich mir eigentlich nicht vorstellen. Das kann ich mir nur durch eine Fahrlässigkeit im Ministerium vorstellen.

Armbrüster: Sehen Sie da in der aktuellen Situation einen Druck, der aus der Politik auf die deutschen Hochschulen ausgeübt wird?

Michaels: Ich kann das nicht sagen. Ich würde schon sagen, also eine Bundesbildungsministerin, die sagt, ihr steht nicht auf dem Boden des Grundgesetzes, das ist natürlich schon ein massiver Druck, selbst wenn da keine konkreten Folgen daran gezogen werden. Es gibt auch einen Druck, einen massiven Druck aus der Presse. Es werden also individuelle Unterzeichner dieses Briefes an den Pranger gestellt. Es werden Hochschulleitungen angeschrieben, der und der hat den Brief unterschrieben, ihr müsst dagegen vorgehen und so weiter. Eigentlich wäre es die Aufgabe der Bundesbildungsministerin, sich hinter die Lehrenden zu stellen und zu sagen, selbst wenn ich Ihre Ansicht nicht teile, ist es unangemessen, in der Form da einzugreifen.

Armbrüster: Sagt hier bei uns Professor Ralf Michaels. Er ist der Direktor des Max-Planck-Institutes für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg, und wir haben mit ihm gesprochen über den offenen Brief von mehreren Hunderten Universitätsdozenten und Professoren. Vielen Dank, Herr Michaels.

Michaels: Herr Armbrüster, vielen Dank.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

